

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1905)
Heft: 23-24

Artikel: Aus der Friedens-Warte
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802989>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sern Frankreichs die Initiative auf wirksame und nützliche Art und Weise ergreifen kann. . . .

Die Klügsten und die Gerechtesten mögen anfangen.

Charles Dumont, Deputierter vom Jura.

Aus der Friedens-Warte.

Die November-Nummer unseres Schwesterblattes, der „Friedens-Warte“, bringt einige so interessante Artikel, dass wir unseren Lesern etwas daraus erzählen müssen.

Zuerst einen Artikel vom Herausgeber A. H. Fried, betitelt: „Von Münster zu Delcassé“. Der Verfasser wundert sich mit Recht darüber, dass die Presse so erstaunt ist über die Nähe der Kriegsgefahr, die uns durch den „Matin“ enthüllt wurde. „Wer seine Existenz und seine Macht lediglich auf Gewalt stützt, muss damit rechnen, dass auch die Gefahr des Krieges stets vorhanden ist.“ Aber auch jetzt lässt man sich nicht belehren; man rüstet nur um so energischer, obschon es sich gezeigt hat, dass *dieses* Mittel, Kriege zu verhindern, nicht nur nicht ausreichend, sondern geradezu verkehrt ist.

Er fährt fort: „Wie lächerlich ist es, wenn wir sehen, wie ängstlich unsere Presse bemüht ist, ein internationales Abkommen zu fordern, damit die im Kriege verwendeten Seeminen der friedlichen Schifffahrt der Neutralen keine Gefahr mehr bringen, wie sie sich aber hartnäckig weigert, ein Abkommen zu fordern, das Männern wie Delcassé das Handwerk legt. Und doch ist die Gefahr einzelner herumirrender Seeminen winzig gegen die Gefahr des im geheimen intrigierenden Delcassé. Erstere gefährden ein einzelnes Schiff, letzterer die Menschheit. Geht die grössere Gefahr wirklich über das Fassungsvermögen unserer Zeitgenossen?“

Ferner weist der Artikel nach, dass gerade die deutsche Politik bei der Haager Konferenz diese gefährliche Situation geschaffen hat.

„Wie sehr die Haltung Deutschlands im Jahre 1899 verfehlt war, geht aus den eben von Andrew D. White veröffentlichten Lebenserinnerungen hervor, die im nachstehenden ausführlicher behandelt werden. Graf Münster, der für seine Verdienste auf der Haager Konferenz den Fürstentitel erhielt, erregte, wie bei White zu lesen ist, durch seine Haltung als deutscher Delegierter im Haag die Erbitterung und das Misstrauen aller anderen Staaten gegen Deutschland. Deutschland leidet heute noch unter diesem Misstrauen, und Delcassé wäre nicht möglich gewesen ohne Münster. Von ihm führt ein gerader Weg zu dem kriegslüsternen und deutschfeindlichen französischen Minister, dem lediglich die deutsche Politik im Haag die Handhabe gegeben hat, gegen Deutschland zu konspirieren.“

Fried zeigt dann, dass auch seither die deutsche Politik sich gegen den Pazifismus schwer verstossen hat. So hat Graf Bülow im Oktober 1904 es von sich gewiesen, zwischen Russland und Japan zu intervenieren, „weil keiner der Kriegführenden um Vermittlung ersucht habe“. Und nun ist es Roosevelt unter den gleichen Verhältnissen dennoch gelungen, diese Mächte zum Abbruche der Feindseligkeiten zu bewegen. Nach Artikel 3 der Haager Konferenz wäre es längst die *Pflicht* der unterzeichnenden Staaten gewesen, ihre guten Dienste anzutragen.

Anschliessend an diesen Artikel bringt die „Friedens-Warte“ Auszüge aus dem oben erwähnten Buche von Andrew D. White, ehemaliger amerikanischer Bot-

schafter in Berlin und erster Delegierter Amerikas auf der Friedenskonferenz im Haag, über die I. Haager Konferenz.

Diese Aufschlüsse sind so ausserordentlich interessant, dass wir auch hieraus einiges anführen möchten, wobei wir uns an die Ausführungen der „Friedens-Warte“ halten:

„White, der damals in Berlin den Botschafterposten der Vereinigten Staaten bekleidete und in sehr regen Beziehungen zum Kaiser stand, wurde kurz vor seiner Abreise nach dem Haag ganz plötzlich in das Schloss berufen, wo der Kaiser mit dem Botschafter eine eingehende Unterhaltung über die bevorstehende Friedenskonferenz pflog, für die dieser leider „die Zeit noch nicht gekommen“ erachtete, sie bis ins einzelne der Oeffentlichkeit zu übergeben. Welcher Art die Aeusserungen des Kaisers aber gewesen sein mögen, ist aus einer anderen Stelle des Buches ersichtlich. Es heisst dort (S. 409): „Ehe ich Berlin verliess, hörte ich von einem hohen Staatsbeamten (!?), der Kaiser erblicke in einem Schiedsgericht eine Beeinträchtigung seiner Souveränität. Auch merkte ich seinen eigenen Worten an, dass ihm die Kongressidee durchaus nicht sympathisch ist.“ Der Tenor jener denkwürdigen Unterhaltung ist also durch diese paar Worte ganz deutlich angegeben. Von dem, was der Kaiser in jener Unterredung zu White gesagt hat, erfahren wir nur folgende direkte Aeusserung: „Was auf diesem Kongress besonders von nöten sein wird, das ist der gesunde Menschenverstand. Ich habe den Grafen Münster, meinen Pariser Botschafter, nach dem Haag beordert, weil er in reichlichem Masse damit versehen ist.“

„Am 19. Mai (die Denkwürdigkeiten über die Haager Konferenz sind tagebuchartig geordnet) scheint White noch der Ansicht des Kaisers zu sein, dass der Graf Münster die geeignete Persönlichkeit zu einem Amte sei, das „gesunden Menschenverstand“ erfordert, denn er schreibt: „Die (deutsche) Delegation ist vorzüglich zusammengestellt. Ihr Vorsitzender ist Graf Münster, der mir bereits in Berlin und Paris grosse Bewunderung (!) abnötigte.“ Am 12. Juni musste White sein Urteil etwas ändern. Gelegentlich eines Frühstücks, das die amerikanischen Delegierten einigen Diplomaten gaben und bei dem Graf Münster der Tischnachbar Whites wurde, „überraschten“ ihn einige Bemerkungen des Grafen, ja, im Hinblick auf die oben erwähnten Worte Kaiser Wilhelms, setzten ihn sogar „verschiedene Aeusserungen des Grafen sehr in Erstaunen“. Graf Münster erklärte bei dieser Gelegenheit nämlich nicht nur die Schiedsgerichte für einen „Humbug“, sondern auch Telephon und Telegraphen für einen „Fluch“ für die Beziehungen der Nationen zueinander, „denn sie kreuzten die Wege der Diplomatie und hätten eher Unglück als Nutzen gebracht“; aber auch den Kampf gegen Bakterien und Mikroben erklärte der Graf für „modernen Humbug“. White meint daher, Graf Münster wäre trotz all seiner hervorragenden Eigenschaften „gesättigt mit Ideen, die vor fünfzig Jahren massgebend waren“. Allerdings ist eine solche Persönlichkeit wenig geeignet, den Boden für ein Institut abzustecken, das vielleicht erst in einem halben Jahrhundert auf der Höhe seines Glanzes angelangt sein wird.

„Das Kapitel Münster ist in Whites Buch zu interessant, als dass es hier so rasch geschlossen werden könnte. Sehen wir in der Tat in dieser Persönlichkeit und ihrer Wirkung im Haag dasselbe Bild, das uns die Kämpfe gegen die Einführung der Eisenbahnen brachten: holder Unverstand und Unfähigkeit, das werdende zu erfassen. Gar frühzeitig (am 24. Mai) erkannte White Münsters Stellung zur Schieds-

gerichtsfrage. Er war „durchaus dagegen“ und sagte: „Schiedsgerichte wären für Deutschland nur schädlich. Deutschland wäre auf den Krieg vorbereitet wie kein anderer Staat; Deutschland könne sein Heer in zehn Tagen mobil machen, wozu weder Frankreich noch Russland, noch irgend ein anderer Staat in stande wäre. Das Schiedsgericht würde aber jeder feindlichen Macht Zeit geben, sich in Bereitschaft zu setzen, demnach brächte es Deutschland nur Nachteil.“ Unterm 11. Juni verzeichnet White nach einem Besuch bei Münster: „Er ist mehr denn je gegen die Schiedsgerichte eingenommen und behauptet, wir seien im Hinblick auf das ursprüngliche Programm, wo ihr dort gar nicht Erwähnung getan (?) würde, nicht berechtigt, sie zum Antrag zu bringen. Er äusserte sich über den weiteren Verlauf der Sitzungen sehr pessimistisch und fragte mich, wann die Sache nach meiner Meinung ein Ende finden werde.“ Ein ander Mal (am 15. Juni) bezeichnete Graf Münster die Einberufung des Kongresses als einen politischen Trick, „der verabscheuungswürdigste Trick, der jemals verübt worden wäre“. Und dennoch hielt dieser selbe Graf Münster am 29. Juli bei der grossen Schlussitzung der Konferenz eine feierliche Rede als Erwiderung der das Werk des Kongresses verherrlichenden Ansprachen von Baron von Staal, Minister de Beaufort und Herrn von Karnebeck. „Die Rede“, schreibt White, „muss ihm recht fatal gewesen sein, denn erstens war er genötigt, gegenüber dem Kongress, den er wenige Wochen vorher geschmäht und herabgesetzt hatte, Worte zu wählen, die seine grösste Hochachtung ausdrückten, zweitens musste er die Schiedsgerichtsfrage, die er für Humbug erklärte, gutheissen, und drittens musste er von Staal, dem er seine Abneigung keinen Augenblick verhehlt hatte, huldigen!

„So gestaltet sich das Bild des Führers der deutschen Delegierten auf der Haager Konferenz. Ueber die anderen Delegierten ist man ja bereits besser unterrichtet. Die Ernennung von Stengels nennt White „eine seltsame Laune des Schicksals“, für die er an anderer Stelle eine Erklärung zu geben sucht, die die Sache meiner Ansicht nach zwar verständlich, aber doch nicht verzeihlich macht. Stengel wäre nach der Mitteilung eines Diplomaten als Bayer gewählt worden, weil Bayern als in Petersburg akkreditierter Staat bei der Einladung zur Konferenz ganz übergegangen wurde. Oberst Schwarzhoff wird als ein befähigter Offizier geschildert, „der aber den Vorschlägen Russlands grosse Vorurteile entgegenbringt“. Ueber Prof. Zorn wird nichts Nachteiliges gemeldet; die weiteren Mitteilungen Whites lassen vielmehr immer deutlicher die schon oft zutage getretene Ansicht hervortreten, dass Zorns Rolle im Haag weniger seiner Meinung als dem ihm verliehenen Amte entsprach.

„Die anfängliche Skepsis der Delegierten legte sich sehr bald.

„Nach einer Woche hatte man die Ueberzeugung, dass es doch möglich sein würde, auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit etwas Praktisches herauszubekommen. Ein russischer, ein englischer und ein amerikanischer Entwurf für ein Schiedsgericht lagen vor, und man beschloss, diese drei Entwürfe zu einem einzigen zu vereinigen.

„Alles war im besten Gange. Die Zuversicht der Delegierten wuchs. Unterm 9. Juli notierte White: „Um 6 Uhr kam Dr. Holls, unser Vertreter im Schiedsgerichtsausschuss, und brachte mir sehr betrübende Nachrichten. Augenscheinlich ist jetzt der deutsche Kaiser fest entschlossen, jedem Schiedsgerichtsprojekt sich zu widersetzen; er will von keinem ständigen Tribunal etwas hören, mag es nun nach englischem

oder amerikanischem System organisiert werden. Diese neuen Nachrichten stammen aus ganz verschiedenen Quellen und finden ihre Bestätigung darin, dass in der Ausschusssitzung einer der deutschen Delegierten, Prof. Zorn aus Königsberg, der bisher für die Schiedsgerichte eifrigst eingetreten ist, jetzt erklärt, es würde ihm wohl nicht möglich sein, sein Votum dafür abzugeben. Ueberdies suchte der deutsche Kaiser allem Anschein nach seinen Einfluss auf seine Alliierten, die Herrscher von Oesterreich, Italien, Rumänien und der Türkei, geltend zu machen.“

„Der englische und der amerikanische Hauptdelegierte telegraphierten ihren Regierungen über die „offenkundigen Bemühungen des deutschen Kaisers, die eben genannten Herrscher zu beeinflussen“. Am 13. Juni notiert White: „Heute morgen trafen in bezug auf Deutschland abermals beunruhigende Nachrichten ein. Es scheint allerdings kein Zweifel mehr zu sein, dass der Kaiser nicht nur gegen Schiedsverträge, sondern überhaupt gegen die gesamte Tätigkeit des Kongresses eingenommen ist und an seine Hauptverbündeten, Oesterreich und Italien, die Anforderung stellt, ihm darin zu sekundieren. Graf Nigra, der persönlich für die Schiedsgerichte stimmt, war es, der Dr. Holls dies eingestand. Die deutschen Delegierten, die, abgesehen vom Grafen Münster, ohne Ausnahme für einen gut gearbeiteten Schiedsgerichtsentwurf waren, bekennen, dass sie sich in ihren Hoffnungen getäuscht sähen. . . . Es scheint eine Katastrophe im Anzuge zu sein. . . . Es ist jedoch nicht vorauszusehen, was für Steine Deutschland und seine Alliierten uns in den Weg werfen können.“ White, der die Stellungnahme des Kaisers zur Konferenz als einen grossen Fehler erachtete, bemerkte zu einem namhaften Diplomaten: „Seine Minister sollten doch dem Kaiser darüber die Augen öffnen, dass er durch seinen Widerstand gegen ein Schiedsgericht eine Unsumme Groll gegen sich heraufbeschwöre, wie sie kein Minister dulden dürfe.“ „Sie haben recht“, entgegnete der Diplomat, „nur existiert in Deutschland kein Minister, der den Mut besässe, dem Kaiser so etwas zu sagen.“

„Von historischem Interesse ist die grosse Unterredung, die White am 15. Juni mit dem Grafen Münster hatte, worin er ihn zu veranlassen suchte, auf die Politik des Kaisers gegenüber der Schiedspolitik Einfluss zu nehmen. Diese Unterredung, die ungefähr sechs Seiten des Whiteschen Buches umfasst und dort ziemlich wörtlich wiedergegeben ist, sollte im Original nachgelesen werden. Sie bildet ein interessantes historisches Dokument.

„Münster zeigt sich dabei wieder als Gegner des Schiedsgerichtsgedankens. „Er wurde sogar sehr heftig“, wie White getreu berichtete. Bezeichnend für den Standpunkt des Grafen ist folgender Passus aus dem Berichte: „Darauf ritt der Graf auf seinem Steckenpferde herum. Er behauptete, die modernen Staaten schlugen damit (mit dem Schiedsgericht) eine ganz falsche Route ein, dass sie nicht, wie bisher, ihre Differenzen gewiegten Diplomaten anvertrauen, sondern sie dem schiedsrichterlichen Urteil von Leuten überlassen wollten, die weder Erfahrung in internationalen Angelegenheiten besässen, noch vorurteilsfrei und unbeeinflusst sein könnten; mit ganz besonderer Geringschätzung sprach er von der Idee, ein Bureau von Universitätsprofessoren und ähnlichen Leuten, wie er sich ausdrückte, zu organisieren, um die Maschine eines Gerichtshofes in Gang zu bringen.“

„Dieser rückständige Gesichtspunkt enthüllte so ziemlich deutlich die Beratschlagung, die Münster gegen das Werk der Konferenz hegte. Man hatte zur

Beratung über Abrüstung Offiziere delegiert, über die Abrüstung der Diplomatie Diplomaten, und ein Delegierter der Konferenz hat damals gesagt, es ist das dasselbe, wie wenn man die Schuster über die Abschaffung der Fussbekleidung beraten lassen wollte. In meiner Broschüre „Was kann die Friedenskonferenz erreichen“, die ich im November 1898 veröffentlichte, habe ich diesen Zwiespalt zwischen den neuen Dingen, die auf der Konferenz beraten werden sollten, und den alten Menschen, die die Beratungen pflegen sollten, vorausgesagt. Ich schrieb darin (S. 7): „Hierzu kommt noch, dass diese souveränen Gruppen, in denen diese neuen und anscheinend für den einzelnen unter ihnen so unvorteilhaften Dinge beschlossen werden sollen, nichts anderes als Menschen aussenden können, denn Götter sind für solche Dienste nicht mehr zu haben. Und was für Menschen werden sie aussenden können? Sie werden nicht jene Männer senden, die vom Hauch des Genius berührt wurden, die den Pulsschlag einer kommenden Zeit fühlen, die sich bereits in ihrem Denken und Fühlen zu Priestern und Pionieren dieser neuen Zeit ausgebildet haben, sondern Männer der alten Zeit, Männer der alten Anschauungen, der alten Traditionen, der alten Dinge und der alten Sitten, die mit ihrem Herzen und mit ihrem Geiste, aber ebenso mit ihrem Fühlen und Begreifen im zu Ende gehenden Jahrhundert darin stecken werden und nicht im kommenden. Sie werden Männer aussenden, denen es sicherlich, als sie des Zaren Worte gelesen hatten, heiss über den Rücken gelaufen sein mag und dann wieder kalt; die ein Kreuz gemacht haben vor den Anschauungen, die darin enthalten sind, und denen doch das Gehorchen so zur zweiten Natur geworden ist, dass sie dennoch gegen den ihnen zuteil werdenden Befehl, die Reise nach dem Haag zu machen, nichts einwenden werden.“

„White, der die Gefahr der Münsterschen Anschauungen erkannte, machte ihm die eindringlichsten Vorstellungen. „Ich sagte ihm, die Berater, denen der Kaiser sein Vertrauen schenkte — Männer, wie er selbst, und Sr. Majestät Ratgeber — sollten niemals den jungen Herrscher den Schmähungen, den Vorwürfen und den Feindseligkeiten aussetzen, mit denen alle Völker ihn überhäufen würden, sobald es bekannt würde, dass er es gewesen wäre, der den Kongress zu Fall gebracht und die Schiedsgerichte vereitelt hätte. Ich nahm mir sogar die Freiheit, dem Grafen wieder zu erzählen, wie der Kaiser sich über ihn geäussert, wie er gemeint hätte, gesunder Menschenverstand würde auf dem Kongress vonnöten sein. Als ich merkte, dass ihm diese Worte zu gefallen schienen, fuhr ich fort und sagte, er vor allen andern hätte die Pflicht, alles aufzubieten, den Kaiser vor diesem Schicksal zu bewahren.“

„White erinnert des weiteren daran, wie durch die Haltung Deutschlands auf dem Kongress das Misstrauen der Amerikaner, gegen das er schon als Gesandter und Botschafter in Berlin so heftig ankämpfen hatte, noch weit mehr um sich greifen werde. „Ihr Herrscher“, sagte er zu Münster, „wird als der Feind aller Nationen gelten und den peinlichsten Angriffen und Verleumdungen ausgesetzt sein.“ Am Ende der Unterredung hatte White den Eindruck, als ob er Münsters Anschauungen erschüttert hätte. Man wird White dafür Dank wissen müssen. Seine Einwirkung auf Münster war vielleicht die grösste Tat auf der Konferenz und jedenfalls ein grosser Freundschaftsdienst, den er dem deutschen Volke geleistet hat. Tatsache ist, dass, als am andern Morgen ein offizielles Schreiben der Reichsregierung im Haag eintraf, worin sich diese endgültig und ganz energisch

gegen jedes Schiedsgericht aussprach, Graf Münster „ganz ausser Fassung war über diese zu buchstäbliche Annahme seiner eigenen früheren Ansichten“. Münster selbst drang darauf, dass die für denselben Tag einberufene Sitzung der III. Kommission, wo die ablehnende Haltung der deutschen Regierung hätte zur Kenntnis gebracht werden müssen, vertagt werde. „Wenn die Sitzung schon heute stattfände“, sagte er, „muss Zorn Deutschlands Erklärung zur Kenntnis bringen und das wäre ein Missgriff.“ Die Sitzung wurde verschoben. Als Grund gab man an, dass Baron d'Estournelles verhindert wäre. Nun sandte Münster den Prof. Zorn nach Berlin, um das Ministerium über die Sachlage aufzuklären, und White entschloss sich, Dr. Holls mit einem Schreiben an den Baron Bülow, damals Staatssekretär des Auswärtigen, mitzusenden. Diese Mission der beiden Delegierten in Berlin ist bekannt, die näheren Details erfährt man aber erst jetzt aus Whites Veröffentlichungen. Holls suchte den Reichskanzler Hohenlohe und den Grafen Bülow auf, dem er Whites Brief übergab. Er reiste dann, mit einer dringenden Empfehlung Hohenlohes versehen, zum Kaiser nach Hamburg, dem Baron Bülow auch das Schreiben Whites übersandt hatte. Dieses Schreiben ist ein pazifistisches Dokument ersten Ranges, das mich nur der Mangel an Platz hindert, in dieser Nummer in extenso abzudrucken. Holls traf in Hamburg den Kaiser, der auf seiner Jacht war, nicht an und musste, ohne ihn gesprochen zu haben, nach dem Haag zurückkehren.

„Immerhin, die Expedition nach Berlin hatte, wie bekannt, den Erfolg, dass die deutsche Regierung das Schiedsgericht unter Weglassung der obligatorischen Klausel anerkannte und dafür dem von ihr früher auch bekämpften Schiedshof zustimmte. Wer weiss, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn Holls den Kaiser in Hamburg gesprochen hätte.

„Eine grosse Gefahr für Deutschland war beseitigt, denn die Stimmung gegen das Reich war eine sehr erbitterte. Lord Paunceroote war ärgerlich über die Vertagung der III. Kommission und sagte, dass diese auch ohne Zorn hätte zusammentreten müssen. „Deutschland sollte, falls es ihm nicht beliebte, sich uns anzuschliessen, aus dem Kongress ausscheiden.“

„Dass die Gefahr, die die Haltung der deutschen Politik im Jahre 1899 im Haag heraufbeschwor, durch die nachträglichen Konzessionen nicht ganz beseitigt wurde, lehrten die Ereignisse der letzten Zeit. Die damalige Haltung Deutschlands gegen den Versuch, den Frieden auf eine festere Basis als lediglich auf die der Waffen zu stellen, ist nicht vergessen worden. Die Isolierung Deutschlands datiert aus den Haager Tagen. Im Haag wurde, wie wir es schon so oft betonten, jener Fehler gemacht, der Deutschland in der übrigen Welt das Renommee einer in ihren Hauptzügen kriegslustigen Macht eintrug. Es führt, wenn man es genau beobachtet, ein gerader Weg von Münster zu Delcassé, und des letzteren Machenschaften wären nicht möglich gewesen, wenn man im Haag die Grösse des Moments richtig erfasst hätte.“

Schrecken des Schlachtfeldes.

Die Wahnsinnigen der russischen Armee!

Ein ungenannter Offizier der russischen Armee in Ostasien veröffentlicht in der „Odessaer Zeitung“ seine persönlichen Eindrücke aus dem gegenwärtigen Krieg und erzählt u. a. furchtbare Details, wie die folgenden: